

Bündnis 90/  
DIE GRÜNEN  
CDU  
FDP  
MBI  
SPD  
Stv. Rosinski

**Fraktionsgeschäftsstelle:**

Bahnstraße 50  
45468 Mülheim an der Ruhr  
Telefon: 0208 / 47 92 41  
Telefax: 0208 / 47 96 68  
E-Mail: gruene-fraktion@stadt-mh.de

- Fraktionen im Rat der Stadt Mülheim an der Ruhr  
 Fraktion in der Bezirksvertretung 1 oder 3

Antrag

Nr.: A 11/0511-01

gemäß § 9 der Geschäftsordnung

öffentlich

Datum: 10.06.2011

Postversand:

**Empfänger:**

- Frau Oberbürgermeisterin Mühlenfeld  
 Herrn stv. Vorsitzenden Enver Sen des Gleichstellungsausschusses  
 Frau Vorsitzende Meike Ostermann des Bildungsausschusses  
 Frau / Herrn Bezirksbürgermeister/in Name der Bezirksvertretung 1, 2 oder 3  
 nachrichtlich Frau Oberbürgermeisterin Mühlenfeld

**Beratungsfolge:**

<u>Status:</u> *	<u>Datum:</u>	<u>Gremium:</u>	<u>Berichterstattung:</u>
Ö	16.06.2011	Rat der Stadt	Inge Göricke, Heiko Hendriks, Werner Seeger, Annette Klövekorn, Rolf Mühlenfeld, Gabriele Rosinski
Ö	20.06.2011	Gleichstellung	Katja Geißenhöner, Annegret Bender, Susanne Rittershaus, Gesine Schloßmacher, Renate aus der Beek, Gabriele Rosinski
Ö	15.07.2011	Bildungsausschuss	Inge Göricke, Heiko Hendriks, Werner Seeger, Annette Klövekorn, Rolf Mühlenfeld, Gabriele Rosinski
Ö	21.07.2011	Rat der Stadt	Inge Göricke, Heiko Hendriks, Werner Seeger, Annette Klövekorn, Rolf Mühlenfeld, Gabriele Rosinski

\* Beratungsstatus des jeweiligen Gremiums: Ö = öffentliche Beratung / N = nichtöffentliche Beratung

Erarbeitung eines Inklusionsplanes für Mülheimer Schulen im Rahmen der  
Bildungsentwicklungsplanung

Beschlussvorschlag:

Die Verwaltung wird aufgefordert, zeitnah einen Inklusionsplan zu erarbeiten und in die laufende Bildungsentwicklungsplanung einzuarbeiten. Dessen Ziel soll eine kontinuierliche Stei-

gerung der Integrationsquote an allen allgemeinbildenden Schulen in den nächsten Jahren zumindest auf europäisches Niveau sein – bei erhöhter Unterrichtsqualität und individueller Förderung aller Schülerinnen und Schüler, wobei die individuelle Unterstützung zum Kind gebracht wird.

Im Rahmen der Erstellung des Inklusionsplans soll Sachverstand aus Zivilgesellschaft, Wissenschaft, Verbänden und Selbsthilfeorganisationen eingeholt werden. Dazu stellt das Bildungsbüro die Weichen, um eine Vernetzung der Akteure sicherzustellen.

Die Verwaltung wird angewiesen:

1. Eltern, Schulen, Kindertageseinrichtungen und die Öffentlichkeit über die Zielsetzung der Stadt Mülheim zum Ausbau der Inklusion in diversen Medien (Internet, Broschüren, öffentliche Informationsveranstaltungen etc.) aktiv und gezielt zu informieren. Darüber hinaus bestellt die Verwaltung eine/n Inklusionsbeauftragte/n, der/die möglichst im Bildungsbüro angesiedelt ist.
2. Die Ausweitung einer inklusiven Beschulung in enger Zusammenarbeit mit dem Land umzusetzen. Im Rahmen eines Mülheimer Inklusionsplans sind die erforderlichen Schritte mit dem Ziel einer kontinuierlichen Steigerung der Inklusionsquote auf europäisches Niveau darzustellen; einschließlich des dafür von Stadt und Land benötigten Unterstützungsbedarfs. Dafür sind die sächlichen, räumlichen und personellen Voraussetzungen zu schaffen. Die Zuteilung der notwendigen Sonderpädagogen ist vom Land mit Nachdruck einzufordern; darüber hinaus sind die Schulen durch die freie Jugendhilfe zu unterstützen und dort SozialarbeiterInnen, SozialpädagogInnen und SchulpsychologInnen einzustellen. Die Landesregierung wird aufgefordert, die rechtlichen und finanziellen Voraussetzungen zur Weiterentwicklung der schulischen Inklusion durch die Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention Art. 24 in Landesrecht zu schaffen.
3. In der Bildungsentwicklungsplanung die Basis dafür zu schaffen, dass die Ziele der UN-Konvention realisiert werden können.
4. Die Anstrengungen zu verstärken, um mehr Angebote zur integrativen Beschulung zu schaffen. Gemeinsam mit der Bezirksregierung soll kurzfristig in allen Teilräumen der Stadt Mülheim und in allen Schulformen mindestens ein Angebot mit integrativen Klassen entstehen und langfristig etabliert werden.
5. Auf die Ausweitung der Plätze an Förderschulen zu verzichten und deren Ressourcen zugunsten einer integrativen bis hin zur inklusiven Beschulung zu nutzen.

## Begründung:

Es ist unabdingbar, eine Konzeption zur Teilhabe und Abschaffung von Diskriminierung und Ausgrenzung zu entwickeln, die in der Mülheimer Bildungslandschaft von Kindertageseinrichtungen über Grundschulen bis hin zu weiterführenden Schulen das Lernen aller Kinder fördert und Brüche in der Bildungslaufbahn vermeiden hilft. Diese Konzeption soll sich inhaltlich an der Förderung der Stärken und individuellen Kompetenzen junger Menschen orientieren und nicht an deren Defiziten. Die Wissenschaft ist sich inzwischen einig darüber, dass pädagogische Konzepte – wie die offene Unterrichtsform und kooperatives Lernen – eigenverantwortliches Arbeiten ermöglichen und zur individuellen Förderung des/der Lernenden beitragen. Erfolgreiche Bildungsbiografien sind ein Zeichen hierfür.

Zur Wahrnehmung der kommunalen Verantwortung für jeden Beteiligten des demografischen Wandels gehört die Sicherung der Partizipation und Teilhabe eines jeden; also die Einbringung und die optimale Ausschöpfung der eigenen Möglichkeiten für sich selbst und die Gesamtgesellschaft.

Dieter Wiechering

Fraktionsvorsitzender

Wolfgang Michels

Fraktionsvorsitzender

Lothar Reinhard

Fraktionsvorsitzender

Peter Beitz

Fraktionsvorsitzender

Tim Giesbert

Fraktionssprecher

Gabriele Rosinski

Stadtverordnete